

---

Timeline September, Oktober, November, Dezember  
2025 Palermo

---

borderline-europe, Sizilien

# SCIROCCO

*Neuigkeiten aus Italien*



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 und seit Juni 2025 in einem neuen Format: Statt einmal im Monat bietet die neue Scirocco-Timeline nun aktuelle Informationen über die neuesten politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Italien zum Thema Migration. Alle drei Monate finden Sie eine Zusammenfassung der Scirocco-Themen auf der Website.

## Italiens Migrationspolitik

### September, 11 2025

#### **Neue juristische Grenzen für Italiens repressive Migrationspolitik**

Es gibt neue Entwicklungen rund um die präventive Haft in den italienischen Abschiebezentren (CPR). Im März hatte die Regierung Meloni ein Gesetz eingeführt, das unter anderem Questuren erlaubte, Menschen bis zu 48 Stunden zusätzlich in Gewahrsam zu behalten – auch dann, wenn ein Gericht ihre Inhaftierung nicht bestätigt hatte. Eigentlich müssten Betroffene in solchen Fällen sofort freigelassen werden. Mit der neuen Regelung konnten sie jedoch für 48 Stunden weiter eingesperrt bleiben, während die Polizei prüfte, ob sie eine „Gefahr für die Allgemeinheit“ darstellen. Diese Bestimmung galt auch für die neu geschaffenen Zentren in Albanien und war eng mit dem Abkommen zwischen Rom und Tirana verknüpft.

Ausgangspunkt für die richtliche Prüfung dieser Regelung war der Fall von [Mohammed Ndaje](#), einem 32-jährigen senegalesischen Staatsbürger. Gegen ihn lag bereits seit 2016 ein Ausweisungsbescheid vor, seine Asylanträge waren wiederholt abgelehnt worden, weil er mehrere Vorstrafen hatte. Anfang 2024 wurde er vom CPR in Bari in das neue Abschiebezentrum von Gjader (Albanien) verlegt, das im Rahmen des Abkommens zwischen Rom und Tirana eröffnet wurde. Nachdem ein Gericht seine Haft nicht bestätigte, kam er zurück nach Bari, wo er dennoch vom 4. bis 5. Juli präventiv in Gewahrsam genommen wurde. Für die Kassationsrichter\*innen (in Deutschland Bundesgerichtshof) war dies eine „evidenterdes Eingriff in das Grundrecht auf persönliche Freiheit grundlegenden Guts der persönlichen Freiheit“.

Besonders problematisch war die Unklarheit über die Auslegung der „Gefahr für die öffentliche

Sicherheit und Ordnung“. Schon Vorstrafen oder fehlende Dokumente können laut dieser Regelung ausreichen, um Menschen allein auf Grundlage einer polizeilichen Einschätzung länger festzuhalten – ohne richterliche Kontrolle. Der Kassationsgerichtshof hat diese Praxis nun für **unzulässig erklärt**. Selbst bei Personen mit abgelehnten Asylanträgen oder Vorstrafen sei eine präventive Haft nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar. Damit ist die **48-Stunden-Regel vorerst gestoppt**, das letzte Wort liegt nun jedoch beim Verfassungsgericht.

Für die Betroffenen bedeutet das: Sie können zwar weiterhin beschleunigten Verfahren unterzogen und in geschlossene Abschiebezentren untergebracht werden. Doch ohne richterliche Entscheidung dürfen die Menschen für keine weiteren Stunden präventiv festgenommen werden. Trotz dieser positiven richterlichen Entscheidung zu Gunsten von Migrant\*innen, bleiben die strukturellen Probleme der Abschiebehaft bestehen: die Frist für Beschwerden gegen den Asylbescheid die Einreichung einer Berufung lassen Geflüchteten kaum eine realistische Chance auf rechtliche Unterstützung. Dieses Urteil macht deutlich, dass die Gerichte bereit sind, die Regierung an verfassungsrechtliche Standards zu erinnern und zur Rechenschaft zu ziehen, und dass Italiens Migrationspolitik nicht nur an den Grenzen, sondern zunehmend auch in den Gerichtssälen entschieden wird.

### September, 19 2025

#### **Mediterranea fordert Gerechtigkeit: Beweise für libysche Menschenrechtsverletzungen auf See und italienische Komplizenschaft werden den Gerichten übergeben**

Die italienische NGO *Mediterranea Saving Humans* hat bei der Staatsanwaltschaft in Trapani die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen **beantragt**, nachdem am 21. August libysche Soldaten in internationalen Gewässern zehn Menschen – darunter mehrere Minderjährige – nach massiver körperlicher Gewalt über Bord warfen. Die Crew der *Mediterranea* war Augenzeugin dieses brutalen Vorfalles und hat beantragt, im Rahmen eines möglichen

Gerichtsverfahrens als Zeug\*in auszusagen. Nur durch die unmittelbare Anwesenheit des Schiffs und das rasche Eingreifen des Rettungsteams konnten die Betroffenen [vor dem Ertrinken bewahrt werden](#). Eine ausführlichere Beschreibung der bedrohlichen Situation auf See und der auf die Rettung folgenden Kriminalisierung durch die italienischen Behörden findet sich in unserer [aktuellen Ausgabe](#) der Central Mediterranean Info.

Die Ermittlungen von *Mediterranea*, basierend auf Video- und Fotoaufnahmen einer Journalistin von *La Repubblica*, die die erste Mission des neuen Schiffs der NGO begleitete, zeigen [klare Beweise](#) für die italienische Komplizenschaft an libyschen Menschenrechtsverbrechen: Die Soldaten, die bereits am 18. August die Crew der *Mediterranea* über Stunden auf See verfolgte und bedrohte, sind Teil des 80. Bataillons der Spezialeinheit der 111. Brigade, die von dem stellvertretenden Verteidigungsminister der Einheitsregierung in Tripolis, Abdul Salam Al-Zoubi, geleitet wird und bekannt für Festnahmen und Überführung in libysche Folterlager ist. Am 4. September, nur wenige Tage nach dem Angriff der Soldaten, gab es ein Treffen zwischen Al-Zoubi und Italiens Innenminister Piantedosi, dem Polizeichef Vittorio Pisani und dem Geheimdienstleiter Giovanni Caravelli, bei dem die "strategische Partnerschaft" zwischen Italien und Libyen erneut bestätigt wurde.

Die NGO hat ihre umfangreiche Recherche, die zur Identifizierung der libyschen Soldaten führte, auch dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) [vorgelegt](#), welcher die Dokumentation in das laufende Verfahren zu Menschenrechtsverletzungen in Libyen aufgenommen hat. Im Rahmen dieses Verfahrens steht auch der internationale Haftbefehl gegen El-Masri, den Italiens Regierung im Januar 2025 aktiv ignoriert hat und stattdessen die Ausreise des international gesuchten Kriegsverbrechers per italienischem Regierungsflug ermöglichte.

Wenn das Memorandum of Understanding zwischen Italien und Libyen nicht bis zum 2. November 2025 beendet wird, wird es automatisch für weitere drei Jahre verlängert. Wir unterstützen die Kampagne ["Stop the Memorandum Italy-Libya"](#), die von *Refugees in Libya* geleitet wird und fordern ein Ende der italienischen Komplizenschaft.

## Europäische Migrationspolitik

Oktober, 07 2025

### **Mehr Überwachung, weniger Schutz: Wie die EU mit neuen Europol-Befugnissen Migration weiter kriminalisiert**

Am 25. September 2025 erzielten der [Rat der EU und das Europäische Parlament](#) eine vorläufige Einigung zur Stärkung von Europol im Bereich der Bekämpfung von "Schleuserkriminalität und des Menschenhandel". Die Änderungen des Mandats von Europol sehen vor, eine engere Zusammenarbeit zwischen nationalen Strafverfolgungsbehörden und der EU-Polizeibehörde sicherzustellen. Zentraler Bestandteil des Pakets ist die Einrichtung eines Europäischen Zentrums gegen Migrantenschleusung als dauerhafte Struktur innerhalb von Europol. Zudem sollen Frontex und Eurojust Verbindungsbeamte in das Zentrum entsenden. Für die Umsetzung stellt die EU zusätzlich 50 Millionen Euro und 50 neue Stellen bei Europol bereit.

Während die EU-Kommission das Abkommen als „wichtigen Schritt“ begrüßt, kritisieren zivilgesellschaftliche Organisationen die Ausweitung von Europols Befugnissen scharf. Bereits im Frühjahr warnten über [40 NGOs in einem offenen Brief](#), dass die Reform die Kriminalisierung von Migration verschärft und eine unzulässige Kompetenzerweiterung darstellt. Auch die [linke Europaabgeordnete Ilaria Salis](#) (Sinistra Italiana) kritisierte, Frontex und Europol seien „zentral für ein europäisches System, das Migration pauschal mit Kriminalität gleichsetzt“. Was als Kampf gegen „kriminelle Netzwerke“ verkauft wird, bedeutet in der Praxis eine weitere Verschiebung des Diskurses: Schutzsuchende werden durch verstärkte Datensammlung, biometrische Überwachung und Polizeiarbeit zunehmend als Sicherheitsproblem behandelt, nicht als Menschen in Not. Dabei bleibt die zentrale Ursache unberührt: Da die EU weiterhin legale Flucht- und Migrationswege blockiert, sind laut Schätzungen [über 90%](#) aller Migrant\*innen gezwungen, auf Schmugglernetzwerke zurückzugreifen.

## Oktober, 23 2025

### **Grenzen kosten Leben – Europas Verantwortung vor dem Internationalen Strafgerichtshof**

Am 16. Oktober 2025 reichten die Menschenrechtsanwälte [Omer Shatz](#) und [Juan Branco](#) eine umfangreiche Anzeige bei dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) ein, mit der sie 122 führende europäische Entscheidungsträger\*innen – darunter Staats- und Regierungschefs sowie Minister\*innen europäischer Länder – wegen mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rahmen der Migrations- und Grenzpolitik der EU entlang der zentralen Mittelmeer-Route zur Verantwortung ziehen wollen. Ihre Einreichung besteht aus mehr als 700 Seiten und fußt auf sechs Jahren Ermittlungen, darunter Interviews mit 77 hochrangigen EU-Funktionären, vertrauliche Protokolle von Sitzungen des Rats der EU und eine Datenbank mit über 500 Personen, davon 122 namentlich als Beschuldigte geführt. Im Kern lautet der Vorwurf, dass die Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten zwischen [2014](#) und [2025](#) systematisch darauf ausgerichtet gewesen sei, die Ankünfte von Migrant\*innen in Europa zu verhindern. Dies geschieht unter anderem durch die Kooperation mit den so genannten libyschen Küstenwache und Rückführungen in ein Gebiet (Libya), in dem Menschenrechte regelmäßig verletzt werden. Nach Einschätzung der Klageschrift sind in diesem Zeitraum über [25.000](#) Asylsuchende bei der Überfahrt im zentralen Mittelmeer gestorben – und über 150.000 Migrant\*innen zwangsweise nach Libyen gebracht worden, wo sie Inhaftierung, Folter, Vergewaltigung oder Versklavung ausgesetzt waren.

Die Klage von Shatz und Branco markiert einen wichtigen Schritt in der politischen und rechtlichen Auseinandersetzung mit der Migrationspolitik: Sie bringt die strukturelle Migrations- und Grenzpolitik der EU in den Fokus von Strafverfolgung und völkerrechtlicher Verantwortung. Der Internationale Strafgerichtshof hat bislang [nicht bestätigt](#), ob er die im Oktober 2025 eingereichte Klage gegen 122 europäische Amtsträger wegen der EU-Migrationspolitik annehmen oder prüfen wird.

Trotz der Unklarheit darüber, ob letztlich Ermittlungen eingeleitet werden oder wie die Klage

weiterverfolgt wird, ist damit für Betroffene und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen eine neue Hoffnung verbunden: dass Menschenrechtsverletzungen an Migrant\*innen nicht länger/nur als (bloße) operative Einzelhandlungen betrachtet werden, sondern als politische Vorgänge, bei denen es um grundlegende Fragen von Verantwortung, Entscheidungsfindung und institutionellen Mechanismen geht.

## Oktober, 30 2025

### **Der „Pact for the Mediterranean“: Wie die EU ihre Mittelmeerpolitik neu verpackt**

Am 16. Oktober 2025 stellte die Europäische Kommission den [„Pact for the Mediterranean“](#) vor ein neues Konzept, das die Beziehungen der EU zu zehn Staaten der südlichen Mittelmeerregion, darunter Ägypten, Marokko, Tunesien und Libyen, neu ordnen soll. Ziel ist laut Brüssel, einen gemeinsamen mediterranen Raum zu schaffen, der auf gegenseitigem Nutzen, gemeinsamer Verantwortung und wirtschaftlicher Integration beruht. Der Pakt umfasst Projekte in Bereichen wie Handel, Energie, Digitalisierung, Bildung, Klima und Migration.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Think Tanks zeigen sich kritisch gegenüber dem Vorgehen und den Prioritäten des Pakts. Laut [EuroMed Rights](#) war der Konsultationsprozess limitiert, da viele Menschen und Bevölkerungsgruppen, die in den verschiedenen Regionen Repression erfahren, nicht gehört wurden. Der Fokus auf Investitionen und Handel ohne Bezug zu demokratischen Reformen wiederholte die Fehler früherer EU-Nachbarschaftspolitik. Der Think Tank [Carnegie Endowment](#) bezeichnete den Pakt als „dead on arrival“ – ein Projekt, das bestehende Machtverhältnisse festige und vor allem europäische Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen absichere. Die Ausweitung des [Erasmus+-Programms](#) auf südliche Mittelmeerländer erscheint als symbolischer Versuch, Kooperation durch Bildung zu stärken, bleibt jedoch eingebettet in eine von sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen dominierte Gesamtlogik.

So zeigt sich: Der Pact for the Mediterranean verspricht Kooperation, doch im Kern setzt er die Externalisierung europäischer Migrationspolitik fort: Kontrolle, Abschottung und Delegation von Verantwortung an autoritäre Regime, statt Schutz und Rechte für Menschen auf der Flucht.

### November, 06 2025

#### **Frontex testet neues Screening Verfahren auf Lampedusa**

Auf Lampedusa wurde ein [neues biometrisches Screening-Verfahren](#) für Migrant\*innen getestet. Dieses ist Teil der Umsetzung des neuen EU-Pakts zu Migration und Asyl (GEAS Reform). An der Testphase zwischen dem 13. und 24. Oktober beteiligten sich Frontex, Europol, die EU-Asylagentur (EUAA) sowie italienischen Behörden. Es wurden biometrische Daten von insgesamt [240 Personen](#) aufgenommen und diese in EU weite Datenbanken wie SIS, VIS, EES und ETIAS geteilt. Das Screening-Verfahren soll ab Juni 2026 für alle Drittstaatsangehörigen ohne gültige Einreiseerlaubnis verpflichtend werden. Neben der Erweiterung um Gesichtserkennung soll künftig auch das Mindestalter für die Abnahme von Fingerabdrücken von vierzehn auf sechs Jahre gesenkt werden.

Laut EUAA ist die Verordnung ein zentraler Bestandteil eines neuen, „effektiveren“ Migrationsmanagements, das eine bessere Zusammenarbeit zwischen EU-Agenturen und Mitgliedstaaten sicherstellen soll. [Kritiker\\*innen](#) warnen jedoch, dass diese Praxis eine höchst problematische neue Stufe der Überwachung von Migration einleitet. Schon in der Vergangenheit warnte [Amnesty International](#), dass biometrische Datenerfassung an den Grenzen meist ohne informierte Zustimmung erfolgen und damit grundlegende Rechte von Schutzsuchenden verletzen.

Einmal mehr dient Italien also als [Testlabor](#) für die europäische Abschottungspolitik. Wir schließen uns der Kritik an und sprechen uns gegen die Normalisierung digitaler Überwachung und Missachtung der Grundrechte von Menschen auf der Flucht aus. Wir fordern nicht nur mehr

Transparenz, sondern eine EU-Politik, die auf Menschenrechten, Schutz und Solidarität basiert.

### Dezember, 09 2025

#### **Meloni bildet europäische Koalition, um die Europäischen Menschenrechtskonvention in Frage zu stellen**

Die italienische Regierung drängt wiederholt auf eine Reform der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), um Abschiebungen zu erleichtern. Dafür sammelt Giorgia Meloni Verbündete in der EU und im Europarat. Ihr Druck führte zu einem bevorstehenden [Treffen des Europarats am 10. Dezember](#), dem 77. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, um Fragen im Zusammenhang mit Migration und der EMRK zu erörtern. Die [EMRK](#) ist für alle Mitglieder des Europarats rechtlich bindend und wird vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ausgelegt und geschützt.

[Seit Dezember 2024](#) haben Meloni, die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen und der niederländische Ministerpräsident Dick Schoof in Zusammenarbeit mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen regelmäßig informelle Treffen veranstaltet, um „[innovative Lösungen für das Migrationsmanagement](#)“ zu diskutieren. Am ersten Treffen nahmen die Regierungschefs von Zypern, Griechenland, Malta, der Tschechischen Republik, Polen, Schweden und Ungarn teil. Im Mittelpunkt standen neue rechtliche Rahmenbedingungen für einfachere Abschiebungen, eine weniger strenge Definition sicherer Herkunftsländer und die mögliche Schaffung von „Rückführungszentren“ in Drittstaaten nach dem Vorbild des Italien-Albanien-Protokolls.

[Im Mai 2025](#) forderten dann neun EU-Mitgliedstaaten unter der Führung von Meloni und Frederiksen in einem offenen Brief ein „neues und ergebnisoffenes Gespräch über die Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention“. Sie behaupteten, dass die Auslegung der EMRK durch den EGMR zu weit gehe und ihre Möglichkeiten einschränke, die Abschiebung und Überwachung straffälliger ausländischer Staatsangehöriger zu

steuern. Des Weiteren argumentierten sie, dass die Konventionen in einer anderen historischen Ära geschaffen wurden und daher den heutigen Herausforderungen der Migration nicht mehr gerecht würden. Nach der Veröffentlichung des Briefes schlossen sich auch die Regierungschefs von Deutschland, Österreich und Belgien diesen Treffen hinter verschlossenen Türen an. Während die Pressemitteilungen bezüglich der Details vage bleiben, betonte die italienische Regierung bei jedem Treffen ihr Engagement und ihre Bemühungen, die Auslegung „[internationaler Konventionen zur Bewältigung der Herausforderungen der irregulären Migration](#)“ anzupassen“.

Es scheint, dass der Druck von Italien und seinen Verbündeten Alain Berset, den Generalsekretär des Europarats, erfolgreich dazu bewegt hat, die informelle Ministerkonferenz am 10. Dezember einzuberufen. [Berset bekräftigte](#) in seiner Antwort auf den offenen Brief, dass die Unabhängigkeit des EGMR das Fundament des Europarats sei und nicht politisiert werden dürfe. [Während](#) er weiterhin betont, dass die EMRK nicht geschwächt werden darf, hat er allerdings nun innerhalb des Rates eine offizielle Debatte über die Auslegung und Umsetzung der Menschenrechte in Bezug auf Migranten eröffnet. An einem vorbereitenden Treffen für die Konferenz, zu dem Meloni am 5. November Delegierte nach Rom eingeladen hatte, nahmen Vertreter von 27 Mitgliedstaaten des Europarats teil.

Meloni trug ihre Agenda sogar auf eine globale Ebene und warb dafür in der UN-Generalversammlung. Sie forderte eine tiefgreifende Überarbeitung internationaler Konventionen und behauptete, die Konventionen zu Migration und Asyl „[wurden zu einer Zeit etabliert, als es noch keine massive irreguläre Migration und keine Menschenhändler gab. Diese Konventionen sind in diesem Kontext nicht mehr zeitgemäß, und wenn sie von politisierten Richtern auf ideologische und einseitige Weise ausgelegt werden, treten sie das Recht mit Füßen, anstatt es zu wahren](#)“. Der italienischen Ministerpräsidentin gelingt es, ihren langjährigen nationalen Kampf gegen die Justiz auf eine neue Ebene zu heben, wobei sie die Universalität der Menschenrechte angreift und

internationale Gerichte politisiert. Die breite europäische Unterstützung dafür ist alarmierend. Eine „Neuinterpretation“ der Konvention zur Erleichterung von Abschiebungen bedeutet eine Schwächung der Menschenrechte in Europa. Dies kann einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen und den Weg ebnen, die Menschenrechte für Asylsuchende und alle Menschen in Europa weiter zu schwächen.

## **Dezember, 23 2025**

### **Sichere Drittstaaten und sichere Herkunftsländer: Was das für die EU und Italien bedeutet**

Am 18. Dezember 2025 erzielten der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament zwei vorläufige Einigungen im Bereich des europäischen Asylrechts: die Regelung zu den sogenannten [sicheren Drittstaaten](#) sowie die Einführung einer [gemeinsamen EU-Liste sicherer Herkunftsländer](#). Sowohl die Überarbeitung des Konzepts der [sicheren Drittstaaten](#) als auch die Etablierung einer [EU-weiten Liste sicherer Herkunftsländer](#) sind dabei Teil der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), die am 12. Juni 2026 in Kraft treten wird.

Das Konzept sicherer Herkunftsländer sieht vor, dass Asylanträge von Menschen aus als „sicher“ eingestuft Staaten in einem beschleunigten Verfahren bearbeitet werden können. Diese Verfahren sind dabei direkt an den Grenzen der EU-Staaten und in Transitonen möglich. Im Rahmen der GEAS-Reform einigten sich Rat und Parlament nun vorläufig auf die erste EU-weite Liste sicherer Herkunftsländer. Zu diesen zählen unter anderem [Bangladesch, Kolumbien, Ägypten, Indien, Kosovo, Marokko und Tunesien](#).

Auch die Überarbeitung des [Konzeptes der sicheren Drittstaaten](#) ist Teil der [GEAS-Reform](#). Diese Regelungen sehen vor, dass die Anträge von Asylsuchenden nicht geprüft werden müssen, wenn die betroffene Person in einem Nicht-EU-Staat, welcher als sicherer Drittstaat gilt, Schutz hätte erhalten können. Während bislang für die Ablehnung der Bearbeitung eines Asylantrags eine „[Verbindung](#)“ zwischen dem Geflüchteten und dem sicheren Drittstaat notwendig war, ist dies

nun nicht mehr zwingend der Fall. So muss lediglich einer der folgenden drei Kriterien zutreffen: Es besteht eine Form der „[Verbindung](#)“ zu dem Drittstaat, die Person ist durch einen Drittstaat gereist oder es liegt ein Abkommen eines EU-Landes mit einem sicheren Drittstaat, der die Prüfung der Asylanträge übernimmt, vor. Dies bedeutet, dass bereits eine Durchreise durch einen sicheren Drittstaat dazu führen kann, dass ein Asylantrag in der EU nicht mehr geprüft werden muss.

Für die [rechte Koalition](#) Italiens bedeuten diese EU-weiten Veränderungen, dass die umstrittenen Aufnahme- und Verfahrenszentren in Albanien möglicherweise neuen politischen und rechtlichen Rückenwind erhalten könnten. Laut Berechnungen der Zeitung [il manifesto](#) könnten diese Zentren bereits im Februar wieder in Betrieb genommen werden. Wichtig ist dabei anzumerken, dass Mitgliedstaaten wie Italien nicht auf die EU-weite Liste sicherer Herkunftsstaaten beschränkt sind, sondern weiterhin auch eigene [nationale Listen](#) beibehalten können.

Diese Entscheidungen des Rates der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments zeigen deutlich, wie die Externalisierung des europäischen Asylsystems weiter vorangetrieben wird und immer härtere Ausmaße annimmt. Laut der Zeitung [La Repubblica](#) arbeiten Menschenrechtsorganisationen bereits daran, die Unvereinbarkeit dieser Reformen mit der Charta der Grundrechte der EU und der Genfer Flüchtlingskonvention geltend zu machen. Auch [Olivia Sundberg Diez](#), europäische Menschenrechts- und Asylpolitik Anwältin bei Amnesty, kritisiert die Reformen scharf. Sie spricht in Bezug auf die Reform der sicheren Drittstaaten von einem Angriff auf das europäische Migrationsrecht. Zudem warnt sie davor, dass das Konzept der sicheren Herkunftsländer dazu beitrage, dass Schutzansprüche nicht mehr individuell geprüft werden, was zur Folge haben könne, dass Menschen in Not keinen Schutz erhalten.

Ähnliche Kritik äußert die EU-Abgeordnete [Cecilia Strada](#). Sie betont, dass finanzielle Anreize der zentrale Grund dafür seien, weshalb Drittstaaten Abkommen mit EU-Staaten eingehen. Ihrer Einschätzung nach handelt es sich dabei um einen „mercato globale per la vendita di esseri umani“,

also einen globalen Markt für den Handel mit Menschen.

Es steht fest: Diese Maßnahmen schränken das Recht auf Asyl für zahlreiche Schutzsuchende weiter massiv ein.

## Situation der Geflüchteten

### September, 26 2025

#### **Vergessen von der Politik, ausgenutzt von kriminellen Netzwerken: wie Italien unbegleitete minderjährige Geflüchtete systematisch im Stich lässt**

Laut dem halbjährlichen [Bericht](#) des italienischen Arbeits- und Sozialministeriums waren Ende Juni 2025 insgesamt 16.497 unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Italien registriert – 87,5% davon männlich. Die meisten stammen aus Ägypten (24,6%), der Ukraine (19,5%), Gambia, Tunesien und Guinea. Etwa 80% dieser Jugendlichen leben in Aufnahmeeinrichtungen, während rund 20% – vor allem Kinder mit ukrainischer Staatsbürgerschaft – in Familien untergebracht sind, häufig bei Verwandten. Sizilien bleibt die Region, die die meisten unbegleiteten Minderjährigen aufnimmt. Die dort tätigen Genossenschaften, die für Aufnahmeeinrichtungen zuständig sind, klagen seit Jahren über strukturelle Unterfinanzierung und mangelnde staatliche Unterstützung. Mitte September reiste eine [Delegation](#) nach Rom, um auf ausstehende Zahlungen der Regierung aufmerksam zu machen, ohne die eine würdige Unterbringung und Begleitung der Jugendlichen zunehmend unmöglich gemacht wird.

Auch in Norditalien wächst die Kritik an der derzeitigen Verwaltungspraxis für die Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter: Die Bürgermeister von sechs Kommunen in Friaul-Julisch Venetien, nahe der slowenischen Grenze, haben sich kürzlich in einem offenen Brief an die Regierung gewandt. Sie [fordern](#) eine nationale Koordination der Unterbringung unbegleiteter Minderjähriger, da die Kommunen finanziell und organisatorisch überfordert seien. Im Zentrum der Kritik steht jedoch nicht das Wohl der Jugendlichen, sondern vielmehr ein [Machtkampf](#) zwischen lokaler und zentralstaatlicher Verantwortung – dominiert von

ökonomischen Interessen und parteipolitischer Strategie. Die Bürgermeister sind Teil der rechten Parteien Lega und Forza Italia – entsprechend ist der Diskurs geprägt von rassistischer Stimmungsmache gegen Migration. Was als Verwaltungsproblem inszeniert wird, ist in Wahrheit Teil eines politisch kalkulierten Narrativs, das unbegleitete geflüchtete Kinder und Jugendliche nicht als Schutzsuchende, sondern als Belastung darstellt.

Doch parallel zeigt sich ein **besorgniserregender Trend**: Immer mehr unbegleitete Minderjährige sind Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung – sowohl durch internationale Netzwerke, die sie gezielt nach Italien locken und automatisch in lokale kriminelle Netzwerke einführen, als auch durch lokale mafiöse Strukturen, die gezielt die Strafunmündigkeit der Minderjährigen ausnutzen. Für diese kriminellen Gruppen bedeuten die Jugendlichen geringes Risiko und niedrige Kosten – sie müssen weder juristisch noch sozial Verantwortung übernehmen. Für viele der Jugendlichen ist der Drogenhandel oft attraktiver als das Aufnahmesystem, das kaum legale Verdienstmöglichkeiten vor dem 18. Geburtstag bietet. Lokale kriminelle Netzwerke bieten schnelles Geld und „Bezahlung“ in Form von Kleidung oder Schuhen – Statussymbole, die für viele Jugendliche verlockend sind. NGOs **beklagen** vor allem fehlende Ressourcen für psychosoziale Betreuung für die Jugendlichen, die meist stark traumatisiert sind, mehrfach ausgebeutet werden und oft substanzabhängig sind. In der politischen Debatte um Zuständigkeiten und Ressourcen gerät leicht in Vergessenheit, worum es eigentlich geht: die Verantwortung gegenüber schutzsuchenden Kindern und Jugendlichen.

## **November, 14 2025**

### **Ein dysfunktionales Aufnahmesystem schränkt den Zugang zu Asylanträgen ein**

Während die Temperaturen sinken, sind immer mehr neu angekommene Migrant\*innen in Italien dazu gezwungen, ohne Zugang zu Versorgung, auf der Straße zu schlafen und auf die Möglichkeit zu warten, ihr Asylverfahren zu beginnen. Medienberichte konzentrieren sich insbesondere auf die Situation in L'Aquila. Doch diese ist kein

Einzelfall. Sie scheint die **Folge** eines dysfunktionalen nationalen Aufnahmesystems zu sein. Die Aufnahmeeinrichtungen erreichen ihre maximale Kapazität, und die lokalen Aufnahmesysteme können das Recht, einen Antrag auf Asyl zu stellen, nicht garantieren. Daher suchen einige Asylsuchende nach Städten, in denen sie Zugang zu ihrem Recht auf einen Asylantrag haben könnten.

Seit Mitte Oktober sind wiederholt Gruppen von Asylsuchenden in L'Aquila angekommen und haben vor der Einwanderungsbehörde der Polizeistation campiert. **Eine erste Gruppe**, die auf 45 Personen angewachsen war, wurde nach fast zwei Woche auf den Straßen von L'Aquila in Aufnahmezentren gebracht. Zuvor warteten sie auf die Bearbeitung ihres Asylantrages und befanden sie sich in einem bürokratischen Limbo: Obwohl sie einen Termin für die Formalisierung ihres Asylantrags für Mitte Dezember erhalten haben, erhielten sie aufgrund voller Kapazitäten vor Ort keinen Platz in einer Aufnahmeeinrichtung. Um den Antrag zu formalisieren, benötigen Migrant\*innen jedoch einen Wohnsitz. Wenn sie keinen Zugang zu einer Aufnahmeeinrichtung haben, haben sie keinen Wohnsitz und ihr Asylantrag wird blockiert.

**Kurz nachdem** sie in Aufnahmeeinrichtungen gebracht werden konnten, trafen weitere Menschen aus verschiedenen italienischen Städten ein, um ebenfalls ihren Asylantrag in L'Aquila zu stellen. Wie einige von ihnen gegenüber Medien berichteten, folgten sie Gerüchten in sozialen Medien wie TikTok, wonach das Asylverfahren und der Zugang zu Aufnahmeeinrichtungen dort besser sein könnten als an anderen Orten. Auch sie waren gezwungen, bei Temperaturen von bis zu 3 °C, auf der Straße auszuharren und waren auf die Solidarität der Zivilgesellschaft, durch Lebensmittel und Decken, angewiesen. Doch wurden selbstgebaute Verschläge aus Decken und Kartons vom **städtischen Reinigungsdienst** entfernt und ein junger Mann wurde mit Unterkühlung ins Krankenhaus gebracht. **Diese zweite Gruppe** wuchs auf 41 Personen an, von denen einige fast eine Woche lang in der Kälte auf weitere Entwicklungen warteten. Am 12. Oktober wurden sie schließlich in Aufnahmeeinrichtungen in Kalabrien und Basilikata

gebracht. [Noch am selben Tag](#) trafen neue Asylsuchende ein, und der Prozess wird sich wiederholen.

Während die [lokale Regierung in L'Aquila](#) die Diskussion anheizt, indem sie die Ankünfte als „aus der Ferne organisierte Aktion“ von Profiteuren darstellt, ignoriert diese Darstellung bewusst gut dokumentierte Versäumnisse im landesweiten Aufnahmesystem. Eine ähnliche Situation wie in L'Aquila findet sich in Siena oder Trient wieder. Auch in [Rom](#) und [Bologna](#) müssen Migrant\*innen tagelang vor den Einwanderungsbehörden der Polizei campieren, weil nur 15 bis 30 Personen pro Tag ihren Antrag registrieren lassen können. Diese Situation ist nicht einfach ein Problem überfüllter Einrichtungen, sondern die systematische Einschränkung des Zugangs zu Grundrechten. [Berichte](#) über ein uneinheitliches und schlecht verwaltetes Aufnahmesystem sind nichts Neues. Anstatt das System zu reformieren und die Kapazitäten zur Verwaltung von Neuankommenden zu erhöhen, um ihnen Zugang zu humaner Versorgung und ihr Recht auf ein Asylverfahren zu gewähren, baut die italienische Regierung weitere Abschiebezentren und gibt über [670 Millionen Euro](#) für externe Abschiebezentren in Albanien aus, in welchen systematisch Menschenrechte verletzt werden. Die Situation ist keine unerwartete Folge, sondern scheint eine in Kauf genommene Konsequenz einer Migrationspolitik zu sein, die sich nicht um die Grundrechte von Asylsuchenden sorgt.

## Libyen

### Oktober, 17 2025

#### **Europas Komplizenschaft mit Libyen**

Diese Woche zeigte sich einmal mehr, wie eng Italiens politische Entscheidungen mit der Gewalt an Europas Außengrenzen verknüpft sind. Während das Parlament am Donnerstag den Fall Almasri als abgeschlossen erklärte, stimmte es nur Tage später für die Verlängerung des italienisch-libyschen Memorandums, trotz lauter Opposition. Ein Angriff vom letzten Wochenende der sogenannten libyschen Küstenwache auf ein Boot mit Schutzsuchenden führt erneut vor Augen, welche

tödlichen Konsequenzen diese Kooperation seit Jahren hat und wie dringend Widerstand dagegen ist und bleibt.

Am 09.10.2025 hat die [italienische Abgeordnetenkammer](#) den Antrag des Tribunale dei Ministri, ein Verfahren gegen Justizminister Carlo Nordio, Innenminister Matteo Piantedosi und Kabinettssekretär Alfredo Mantovano zu eröffnen, mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Der Fall betrifft die Freilassung und Rückführung des libyschen Generals Osama Najim Almasri, ein hochrangiges Mitglied der sogenannten Special Deterrence Force („Al-Radaa“) und früherer Kommandeur der libyschen Küstenwache, wird von internationalen Organisationen mit Folter, Verschwindenlassen und Misshandlungen von Migrant\*innen in Verbindung gebracht. Seine rasche Rückführung nach Libyen, noch bevor der ICC ein Auslieferungersuchen umsetzen konnte, markiert eine bewusste politische Entscheidung, bei der außenpolitische Zweckmäßigkeit über das internationale Recht gestellt wurde. Den drei Regierungsmitgliedern wurden Amtsmissbrauch und Beihilfe zur Flucht vorgeworfen. Nach den Ermittlungen sei Almasri bewusst außer Landes gebracht worden, um eine Auslieferung an den ICC zu verhindern – aus Sorge vor möglichen Repressalien gegen italienische Interessen in Libyen. Der [Antrag auf Anklage](#) wurde im Ausschuss für Immunität und Verfahren Ermächtigung mit 13 Nein-Stimmen gegen 6 Ja-Stimmen in drei getrennten Abstimmungen abgelehnt. Die parlamentarische Entscheidung bedeutet, dass die drei Minister politisch und juristisch vorerst geschützt sind – das Verfahren ist damit faktisch beendet.

[Am 14. Oktober](#) reichte ein Überlebender von Almasris Misshandlungen eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ein. Der Kläger, ein Geflüchteter aus Subsahara-Afrika, war auf dem Mittelmeer von der sogenannten libyschen Küstenwache aufgegriffen, in mehreren von Almasri kontrollierten Haftstätten, darunter der Militärbasis Mitiga, gefoltert und zur Zwangsarbeit gezwungen worden. Die Beschwerde, unterstützt vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Refugees in Libya und einem Team um Andrea Saccucci und Chantal

Meloni, richtet sich gegen Italiens Weigerung, mit dem ICC zu kooperieren und Almasri auszuliefern.

Außerdem hat das italienische Parlament am 15. Oktober eine weitere weitreichende Entscheidung getroffen: Mit 153 Ja-Stimmen, 112 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen wurde für die Fortführung des sogenannten [Memorandum of Understanding](#) zwischen Italien und Libyen gestimmt. Dieses Abkommen, 2017 unter dem damaligen Innenminister Marco Minniti und Premierminister Paolo [Gentiloni](#) geschlossen, wurde nun von der Regierung Meloni bestätigt. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch, Ärzte ohne Grenzen und [Refugees in Libya](#) haben die Vereinbarungen zur systematischen Inhaftierung, Folter und Ausbeutung von Migrant\*innen in libyschen Lagern beigetragen. Auch die Opposition, darunter die PD, Alleanza Verdi-Sinistra, Italia Viva und +Europa, forderte erfolglos, das Abkommen nicht automatisch zu verlängern.

Der Pakt sieht unter anderem die Unterstützung der so genannten libyschen Küstenwache vor. Ein [Fall](#) vom letzten Wochenende macht die tödlichen Folgen dieser Zusammenarbeit erneut sichtbar. Überlebende berichteten, dass die sogenannte libysche Küstenwache ein Boot beschossen und gerammt hat. Dabei wurden mindestens drei Personen schwer verletzt: ein Mann erlitt einen Kopfschuss und liegt im Koma, ein weiterer wurde im Gesicht getroffen, eine dritte Person am Bein. Eine der Personen sei [minderjährig](#). Die italienische Küstenwache brachte die Verletzten nach Sizilien. Zudem gingen bei [Alarm Phone](#) Berichte ein, dass mindestens eine Person getötet wurde. Dazu werden jetzt Ermittlungen eingeleitet. Der Angriff ereignete sich etwa [100 Seemeilen südöstlich von Malta](#), im maltesischen Such- und Rettungsgebiet. Frontex bestätigte inzwischen, dass eines ihrer Flugzeuge den Vorfall beobachtete und auf Anweisung der maltesischen Rettungsleitstelle eine Warnung an das unbekannte Schiff aussandte, das gefährlich nahe manövrierte. Die maltesischen Behörden griffen jedoch nicht ein.

Die Details des Falls sind noch nicht abschließend geklärt. Fest steht aber, dass Gewalt seitens der so genannten libyschen Küstenwache und das Ausbleiben von Hilfe kein Einzelfall sind: Sea-Watch

veröffentlichte vor wenigen Tagen einen [Report](#), der sechzig Fälle seit 2016 dokumentiert, in denen libysche Akteure, allen voran die so genannte Küstenwache, Menschen auf der Flucht und dessen zivile Unterstützung attackierte. Sea-Watch fordert: "Seit Jahren dokumentieren wir, wie die EU im Mittelmeerraum ein System von Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufbaut. Jedes neue Abkommen mit libyschen Regimes, jede Verlängerung von Mandaten legitimiert diese Gewalt."

Während Minister für Rechtsverstöße politisch geschützt werden, wird die Zusammenarbeit mit libyschen Akteuren fortgesetzt, die für systematische Misshandlungen und Folter verantwortlich gemacht werden. Am Mittwoch beginnen deshalb in Rom [Aktionstage](#) gegen die Neuauflage des italienisch-libyschen Abkommens. Denn die europäische Abschottung passiert nicht nur an den Außengrenzen, sondern auch in den politischen Räumen, die ihre Verantwortung leugnen. Borderline Europe schließt sich den Forderungen von [Refugees in Libya](#) an: Italien und die EU müssen ihre Unterstützung für libysche Milizen beenden, die für Verbrechen an Geflüchteten und Migrant\*innen verantwortlich sind. Stoppt das Memorandum.

## Italien-Albanien-Abkommen

### November, 13 2025

#### **Gipfel in Rom: Meloni und Rama institutionalisierten das Albanien-Modell**

Meloni und Rama hielten am 13. November in Rom ihren ersten intergouvernementalen Gipfel ab und unterzeichneten [16 bilaterale Abkommen](#) in den Bereichen Energie, Verteidigung, Infrastruktur und Migration. Zentral blieb dabei die weitere Umsetzung des Italien-Albanien-Abkommens zur Auslagerung von Migrationsverfahren. Meloni erklärte, die Verfahrenszentren (CPRs) in Albanien würden „[wie vorgesehen funktionieren](#)“, sobald der EU-Pakt zu Migration und Asyl im Juni 2026 in Kraft tritt. Sie verteidigte das Abkommen als ein europäisches Modell, das auch von anderen EU-Staaten übernommen werden könnte. Aus Sicht der [Opposition](#) und kritischer Beobachterinnen ist

die Umsetzung jedoch äußerst problematisch: Die Zentren funktionieren trotz hoher öffentlicher Mittel nicht wie geplant, und das Abkommen führt zu einer deutlichen Einschränkung grundlegender Rechte: Es ermöglicht Inhaftierung, schnelle Abschiebungen und Verfahren ohne ausreichenden Rechtsschutz, eine klare Entrechtung Schutzsuchender. Rama betonte hingegen die Exklusivität der Vereinbarung: Ein solches Abkommen sei „[nur mit Italien](#)“ möglich, und ähnliche Kooperationen mit anderen Staaten seien nicht geplant. Gleichzeitig kündigte Meloni an, dass die [EU-Beitrittsgespräche](#) Albaniens weiter vorankommen sollen, mit politischer Unterstützung Italiens während seiner EU-Ratspräsidentschaft 2028.

Sowohl Meloni als auch Rama präsentierten das Abkommen als einen Paradigmenwechsel im Migrationsmanagement. Die Entwicklungen am 13. November zeigen klar, dass das Italien–Albanien-Modell nicht zurückgenommen, sondern ausgeweitet wird. Italien verfolgt das Ziel, die Zentren künftig ausdrücklich unter EU-Recht zu betreiben und das Modell in die europäische Migrationspolitik einzubetten. Das Albanien-Modell ist keine Lösung, sondern steht für noch härtere Grenzregime, verstärkte Externalisierung und erhebliche Einschränkungen des grundlegenden Rechts auf Freizügigkeit und Asyl.

## Arbeitsausbeutung

**Dezember, 12 2025**

### **Das Flussi Dekret und Ausbeutung migrantischer Arbeiter\*innen**

Seit den [neunziger Jahren](#) regelt Italien, wie viele Drittstaatsangehörige jährlich für Arbeit einreisen dürfen. Die Regierung legt also Quoten für saisonale und nicht-saisonale Beschäftigung im Decreto Flussi fest. Seit [2001](#) wird dieses Dekret immer wieder verlängert. So legte kürzlich, am [26. November](#), der Senat die [Quoten](#) für den Zeitraum 2026–2028 fest. Dabei wurden zusätzliche Kontingente vor allem für Pflegekräfte geschaffen. Mit Beginn der [Zitrusfrüchtesaison](#) arbeiten momentan außerdem viele Personen aus Drittstaaten in Sizilien und anderen Regionen Süditalien auf den Orangen- und Zitronenplantagen.

Das Flussi Dekret sieht vor, dass ein\*e Arbeitgeber\*in online beim [Sportello Unico per l'Immigrazione](#) (SUI) einen Antrag auf Einstellung für eine Person aus dem außereuropäischen Ausland stellen kann. Dieser Tag wird „[Click Day](#)“ genannt und erinnert an eine Lotterie. Wird der Antrag genehmigt, wird das so genannte [Nullaosta](#) ausgestellt, also die offizielle Einstellungs- und Einreiseerlaubnis. Dieses Dokument muss dann an die Arbeitskraft im Ausland weitergegeben werden, damit diese im Herkunftsland ein Visum zur Arbeitsaufnahme beantragen kann. Nach der Einreise nach Italien treffen sich Arbeitgeber\*in und Arbeitnehmer\*in bei der zuständigen Präfektur, um den Aufenthaltsvertrag zu unterzeichnen. Anschließend wird der Antrag auf Erteilung des Aufenthaltstitels ([permesso di soggiorno](#)) gestellt.

Seit dem Decreto Cutro wurden die Regeln jedoch stark verschärft. Insbesondere kam es zu einer Aussetzung bereits erteilter [Nullaosta](#) für bestimmte Herkunftsländer. Durch das [Gesetzesdekret 145/2024](#) wurde das frühere Verfahren geändert, nach dem ein [Nullaosta](#) automatisch erteilt wurde, wenn Behörden nicht rechtzeitig reagierten ([silenzio-assenso](#)). Für bestimmte „[Risikostaaten](#)“, zunächst Bangladesch, Pakistan und Sri Lanka und ab Februar 2025 zusätzlich Marokko, gilt dieses vereinfachte Verfahren nicht mehr. Bereits gestellte Anträge wurden bis Ende 2025 ausgesetzt, und neue Anträge erfordern nun eine detaillierte Prüfung durch die Questura sowie eine Vorabkontrolle durch das Arbeitsinspektorat. Das führt dazu, dass Tausende vor allem aus diesen Ländern trotz genehmigter Arbeitserlaubnis monatelang kein Visum erhalten. Zwar räumen Regierung, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften gleichermaßen ein, dass das System in seiner aktuellen Form nicht funktioniert, doch die [Reformvorschläge](#) konzentrieren sich bislang fast ausschließlich auf technische Korrekturen wie die Entzerrung der „[Click Days](#)“, eine bessere Vernetzung von Datenbanken.

Doch kritisiert wird nicht nur die offensichtliche administrative Dysfunktionalität. Das Decreto Flussi ermöglicht ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und schafft Abhängigkeiten, anstatt legale, verlässliche und faire Zugänge zum Arbeitsmarkt zu garantieren. Die Gewerkschaft [CGIL](#) fordert daher

strukturelle Veränderungen: So Sanktionen für Unternehmen, die Nullaosta beantragen, aber keine Verträge aktivieren, einen Aufenthaltstitel zur Arbeitssuche, Schutzmechanismen für Menschen, die Ausbeutung anzeigen, sowie eine umfassende Regularisierung derjenigen, die bereits im Land leben und arbeiten, aber keinen gültigen Aufenthaltstitel besitzen.

Wir schließen uns der Kritik an und fordern menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle. Denn das Decreto Flussi zeigt mal wieder eine sicherheits- und ordnungspolitische Migrationspolitik, die nicht erst unter Meloni, sondern seit 25 Jahren die italienische Politik prägt: Migration wird kapitalisiert und geht am Ende zulasten der Menschen, die ausgebeutet werden und in die Illegalität gedrängt werden.

## CPR

**Oktober, 30 2025**

### **Neue Abschiebezentren (CPR) in der Toskana und Trentino geplant**

Am 24. Oktober 2025 unterzeichneten Italiens Innenminister Matteo Piantedosi und der Präsident der Provinz Trentino Maurizio Fugatti ein Abkommen zur Errichtung eines *Centro di permanenza per i rimpatri (CPR)* in Trient (ital. Trento). Dort werden Menschen ohne Aufenthaltsstatus oder mit Abschiebungsbescheid bis zu 180 Tage festgehalten. Diese erreichen das nördliche Trentino oft über die [Balkanroute](#). Das CPR soll laut Pressemitteilung 2026 eröffnet werden und Platz für [25 Personen auf rund 2.700 Quadratmetern bieten](#). Die Dimensionen scheinen unverhältnismäßig. Finanziert wird das Projekt mit [1,5 Millionen Euro](#) aus Geldern der Provinz, während das Innenministerium Betrieb und Instandhaltung übernimmt. [Zivilgesellschaftliche Akteure](#) wie Centro Astalli, Atas Onlus oder Punto d'Incontro kritisieren den geplanten Neubau in Trient scharf: Nicht nur, weil durch die Kürzung der Aufnahmeplätze hunderten Menschen die Obdachlosigkeit droht. Darüber hinaus sind neue CPRs ein Ausdruck rechter Symbolpolitik, die Migration kriminalisiert und Abschiebungen als innere Sicherheit verkauft.

Auch in der [Toskana](#) plant die Zentralregierung ein neues CPR. Während die Bürgermeister der rechtsregierten Städte Arezzo, Siena und Grosseto das Vorhaben begrüßen, stößt es auf [Ablehnung](#) der toskanischen Regionalregierung. Der Präsident Eugenio [Giani](#) der PD kritisiert: CPR seien ineffektiv, von Menschenrechtsverletzungen geprägt und bedürfen dringend einer grundlegenden Reform. Die Regierung in Rom will das Projekt jedoch auch ohne Zustimmung der Region umsetzen. Innenminister [Piantedosi](#) folgt damit einer Linie, die bereits in anderen Regionen angewandt wurde.

Wir schließen uns den [Forderungen der toskanischen Petition](#) an und verurteilen die Errichtung weiterer CPRs. Wir sprechen uns sowohl gegen Abschiebehaff, als auch gegen die menschenunwürdigen Bedingungen in den Aufnahmezentren aus. Migration darf nicht kriminalisiert werden, denn das Fehlen eines Aufenthaltsstatus ist kein Verbrechen.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht](#) „[Verlorene Leben, unerzählte Geschichten](#)“.



Hier können Sie unseren [Podcast AI Confine](#) aus Italien anhören!

Sowie unseren neuen Podcast „[Mittelmeer, was geht?](#)“ – Überall wo es Podcasts gibt ([Podimo](#), [Spotify](#) etc.)

Kontakt

---

[borderline-europe](#)  
**Menschenrechte ohne Grenzen e.V.**

<https://www.borderline-europe.de/>

Mail: [italia@borderline-europe.de](mailto:italia@borderline-europe.de)

Instagram: [https://www.instagram.com/borderline\\_europe/](https://www.instagram.com/borderline_europe/)

---

Der Scirocco erscheint seit 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Coverphoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash

